

"Die Revolution fand nicht statt"

Vor 30 Jahren forderte eine Kommission des Bundestags echten Schutz der Atmosphäre. Aber die Ideen fielen unter den Tisch. Michael Müller kämpfte damals und heute dafür

Interview **Bernhard Pöttertaz: Herr Müller, am 1.Oktober 1990 präsentierten Sie den Bericht "Schutz der Erde" der Enquetekommission des Bundestags. Hätten wir Ihre Anregungen befolgt, stünden wir jetzt bei 70 statt bei knapp 40 Prozent weniger Treibhausgasen. Was ist schiefgelaufen?** Michael Müller: 1990 gab es ein Vakuum in der politischen Debatte für solche Fragen und eine kurze Zeit von Vernunft und Zusammenarbeit. Es gab noch keinen Widerstand, die Lobbyisten waren nicht formiert, die Aufbruchstimmung nach dem Ende des Kalten Krieges zeigte sich im UN-Erdgipfel von Rio 1992. Aber dann hat sich das gedreht. Kanzler Kohl hörte auf die Industrie, die vor Klimaschutz warnte. Die deutsche Einheit wurde zu einer ökonomischen Belastung. Und die Treuhandanstalt schwenkte nach der Ermordung ihres Chef Detlev Rohwedder 1991 von Sanierung auf Abwicklung um: Das hieß, dass die CO₂-Emissionen der DDR-Betriebe drastisch nach unten gingen.

Die berühmten Klimaschutzerfolge durch den Mauerfall. Deutschland hat damit lange seine CO-Bilanz poliert.₂

In der Enquetekommission hatten wir darauf bewusst nicht gesetzt, sondern auf Westdeutschland. Es fehlten ja die Daten für Ostdeutschland. Aber die Einheitsdividende wurde dann als Klimaschutz ausgegeben. Dabei war es eine brutale Umwandlung der DDR.

Der Bericht stellte Energieeffizienz, Verhaltensänderung und den Ausbau der erneuerbaren Energien nach vorn. Warum hat das nicht gereicht?

Der Schwerpunkt lag damals auf der Effizienzrevolution. Aber wie das so ist in Deutschland: Die Revolution fand nicht statt. Die Effizienz ist nie stärker gestiegen als das Wirtschaftswachstum, was nötig gewesen wäre. Wir hatten uns eine "Ökonomie des Vermeidens" vorgestellt, die Prüfung, ob Energie sparen nicht den Bau von neuen Kraftwerken überflüssig macht. Daraus kam auch die Ablehnung der Atomenergie in der Kommission, sie passte nicht zum Energiesparen. Aber Sparen hat sich nicht durchgesetzt.

Aber die Erneuerbaren wurden zur Erfolgsgeschichte.

Wir hatten ermittelt, dass wir mit Effizienz den Energieverbrauch bei gleicher Wirtschaftsleistung um fast 45 Prozent verringern könnten, durch anderes Verhalten um 8 bis 12 Prozent. Aber die Erneuerbaren wurden selbst bei den Optimisten total unterschätzt. Keiner hat gesehen, welche Wirkung die auch von der Kommission angestoßenen Regeln wie das EEG haben würden.

Wer hat den Schwung der Kommission gebremst?

Gebremst hat die Erkenntnis, dass die deutsche Einheit teuer wurde. Dann gab es viel Ignoranz: Der Westen hatte gewonnen, warum sollte man etwas verändern? Der Grundfehler war, den Aufbau Ost nicht mit einem Umbau West zu verbinden. Die falsche Entscheidung, dem Osten das Westsystem aufzudrücken, wirkt bis heute nach. Dann formierte sich der Widerstand der Industrie, und dann kamen die Klimawandelleugner Mitte der neunziger Jahre.

War es auch historisches Pech? Die Deutschen waren zu sehr mit der Einheit beschäftigt, ohne gleich noch Industrie und Gesellschaft umzubauen?

Was keiner von uns damals so richtig sah: Es war auch die Zeit, in der die Globalisierung der ökologischen Probleme begann. Vorher war Umweltschutz ein ergänzendes Thema, es ging um einzelne Korrekturen. Die Probleme mit den planetaren Grenzen, mit unserem ökologischen Fußabdruck, das entstand in dieser Zeit. Wir hatten es noch nicht richtig begriffen.

Sie waren SPD-Abgeordneter und später parlamentarischer Staatssekretär im Umweltministerium. Wo haben Sie selbst die Weichen falsch gestellt?

Ich war ja eher in einer Außenseiterrolle, wie das alle in der Gruppe in ihren Fraktionen waren. Der Vertreter der Grünen in der Kommission war Wilhelm Knabe, der hat bei den Grünen auch keine große Rolle gespielt. Bernd Schmidbauer von der Union, der Vorsitzende der Kommission, wollte die Bewahrung der Schöpfung zum zentralen Thema der CDU machen, er hat das nicht durchgesetzt. Wir waren der Zeit voraus, aber nicht stark genug, um das Thema wirklich auf die Tagesordnung zu

setzen.

Was hat uns der Bericht von 1990 heute noch zu sagen?

Es geht weiterhin um mehr Effizienz, anderes Verhalten, **Erneuerbare**. Aber das muss verbunden sein mit demokratischen und dezentralen Strukturen. Ohne Teilhabe werden Widerstände wachsen, genossenschaftliche Modelle etwa für **Energieanbieter** sind besser. Und wir müssen viel mehr machen beim Bodenschutz und der Landwirtschaft.

Die Enquetekommission hat den Kapitalismus nicht infrage gestellt. Heute heißt es bei den Fridays für Future: System Change, not Climate Change. Hat sich das geändert?

Wir haben auch über die Systemfrage gesprochen, aber das war umstritten. Und wir wollten den Praxistest beim Klimaschutz. Die damalige Sowjetunion war ein schlechtes Beispiel für alle Träume vom Ökosozialismus: Mit einer Wirtschaftsleistung von 60 Prozent der alten Bundesrepublik hatte sie doppelt so viele CO₂-Emissionen. Auch Marx ist immer der Logik gefolgt, dass sich Umweltprobleme erst nach Entfaltung der Produktivkräfte lösen. Die Klimafrage ist auch eine Systemfrage, klar. Wie wissen, dass ein System mit ewigem Wachstumszwang das Problem nicht lösen wird, aber wir wissen zu wenig darüber, wie ein anderes System ökologisch aussehen könnte.

Frühe Klimaschutzforderungen - ungehört

Umfangreiche Arbeit: Die Enquetekommission des Bundestags zum Schutz der Erdatmosphäre überreichte am 1. Oktober 1990 ihren Bericht "Schutz der Erde". Elf Abgeordnete und elf Wissenschaftler hatten sich von 1987 bis 1990 mit dem Thema beschäftigt und etwa 150 Studien zu Ozonabbau und Klimaschutz diskutiert.

Das Ergebnis ihrer Forderungen: Massiver Ausbau von **Energieeffizienz** und Erneuerbaren und ein anderer Lebensstil. Das hätte allein in der alten Bundesrepublik, ohne weiteren Ausbau der Atomkraft, den Ausstoß von CO₂ und Methan bis 2005 um 30 Prozent und von Stickoxiden um 50 Prozent senken können, so die Berechnungen. *(bpo)*

Michael Müller

72, ist Bundesvorsitzender des Umweltverbands NaturFreunde Deutschlands. Der Sozialdemokrat war von 2005 bis 2009 Staatssekretär im Bundesumweltministerium.



F. Gärtner/imag



Kanzler Kohl war die Kommission egal Martin Schutt/picture alliance


Bernhard Pötter

Quelle:	taz.die tageszeitung vom 05.10.2020, Seite 9
Dokumentnummer:	T20200510.5715858

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_b032b36541519f089d247e2610513bd09b5442ef

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH